

**Freunde und Verwandte in der Schweiz mobilisieren!**

## Schweiz: Beschleunigter Atomausstieg?

**Drei Wochen nach dem heurigen Jahrestag des Volksentscheids über „unser“ AKW Zwentendorf stimmen die Schweizer am 27. November über einen beschleunigten und umfassenden Ausstieg aus ihrer atomaren Vergangenheit ab. Die Regierungspolitik nach Fukushima genügt den Einbringern der Volksinitiative nicht.**

Das Referendum von Grünen und der „Umweltallianz“ (Greenpeace, WWF u.a.) ist nicht ohne Risiko: die Ankündigung durch die Grünen unmittelbar nach Fukushima entsprang unter Umständen einer wenig vorausschauenden Chancen-Einschätzung, wie sie sich in dramatischen Momenten oft einstellt. Die Atomlobby ist in der Schweiz nach wie vor äußerst mächtig, die AKW-Betreiber Alpiq und Axpo haben schon vor längerem eine breite PR-Kampagne in Auftrag gegeben – bei der sie aber für die Öffentlichkeit „nicht als Urheber in Erscheinung treten“ sollen!... (→ vgl. Seite 6). Im Fall einer Niederlage werden sich die Atomgegner selber geschwächt haben.

### Aktiv werden!

Daher kommt es auf jede Stimme an: PN-Leser/innen mit Kontakten in die Schweiz, nützen Sie bitte jeden einzelnen! Soweit es sich nach Erhalt der PN noch ausgeht: ein Kärtchen schreiben, ein E-Mail, anrufen – „Grüezi aus dem atomfreien Österreich!“, dem seinerzeit ja auch „ohne Kernkraft der Energiemotstand“ prophezeit wurde...

Die offizielle **Energiestrategie 2050**, die am 30. September 2016 vom Schweizer Parlament verabschiedet wurde, läßt den wichtigsten Punkt ungelöst: Es fehlt ein Plan für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie. Dieses fehlende Puzzleteil liefert die Volksinitiative, die am 27. November zur Abstimmung kommt.

Trotz Tschernobyl und Fukushima leistet sich die Schweiz mit **Beznau I das weltweit älteste AKW**. Es steht im 47. Betriebsjahr und hat mit gravierenden Sicherheitsproblemen zu kämpfen, die sich mit Nachrüstungen nicht beheben lassen. Zudem wurde noch nie ein AKW länger kommerziell betrieben als Beznau I – das ist ein gefährliches

Feld-Experiment. Auch Mühleberg und Beznau II gehören zu den ältesten AKW der Welt. Zentrale Bauteile wie der Reaktor lassen sich nicht erneuern und altern vor sich hin. Damit ist das Risiko massiv erhöht, daß auch im helvetischen Alpenstaat ein Unglück geschieht.

### 2029: Ablaufdatum für die Atomkraft

Die Initiative für den geordneten Atomausstieg setzt der Atomkraft mit 2029 ein Ablaufdatum. Dieser Entscheid wird aber viel Geld kosten. Es ist an der Zeit, die Kosten jetzt gemeinsam zu tragen, jede weitere Verzögerung wird die Kosten exorbitant erhöhen. Oder noch schlimmer: Das Land mit seiner kleinen Fläche erlebt einen Großunfall, der es sehr rasch mit radioaktivem Niederschlag überzieht und unbewohnbar macht. Und andererseits über die Grenzen wirken könnte. Mit Geld ist dies nicht aufzuwiegen. Der geordnete Atomausstieg schafft einen vernünftigen Zeitplan für einen schrittweisen Ausstieg.



am 27. November zum  
geordneten Atomausstieg  
bis 2029

[geordneter-atomausstieg-ja.ch](http://geordneter-atomausstieg-ja.ch)



Fortsetzung Seite 3 und Seite 16 →

## In eigener Sache

### PLAGE verliert einen guten Geist...

„Nach Fukushima“ konnte die PLAGE Mitte 2012 großteils dank einer Sonderförderung des Landes Salzburg **MMag.a Julia BOHNERT** anstellen und mit ihren optimalen mitgebrachten Voraussetzungen in Atomagenden ausbilden. Julia verläßt allerdings den Verein demnächst. Angesichts des Alters der „angestammten“ und allesamt ehrenamtlichen Aktiven wirft das grundsätzliche Fragen zur **Weiterarbeit der PLAGE** auf.

Auch wenn Julia zugleich angeboten hat, für eine gewisse Zeit geringfügig weiterzuarbeiten, trifft der Verlust den Verein hart. Vor allem in den langfristigen Anliegen, allen voran EURATOM. Denn kaum eine Problematik bedarf so hoher Kontinuität und langen Atems. Da Julia Bohnert in unseren

langjährigen Schwerpunkt EURATOM gründlich hineingewachsen war, erhöht ihr Abgang die Belastung für die übrigen in unserer regionalen, aber bundesweit und international ausgreifenden Gruppe. Die Stränge „**EURATOM WATCH Bulletin**“ und „**EURATOM MANIFEST**“ führen wir weiter, doch es wird schwieriger. Daß Julias eigenes „Lieblingsthema“ Uranwirtschaft und Menschenrechte nun innerhalb der PLAGE weitgehend fällt, liegt auf der Hand.

Ebenfalls mit Blick auf das Alter einiger „PLAGE-Geister“ bleibt offen, ob bzw. in welchem Ausmaß wir mit ebensoviel Herzblut **nochmals eine ähnliche Kraft** ausbilden werden. Natürlich kommt das auch auf deren beruflichen und zivilgesellschaftlichen Lebenslauf sowie auf die materiellen Vorstellungen an. (Interessent/inn/en senden wir allemal gerne das Anforderungsprofil zu!)



## PLATTFORM NEWS

### IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.

#### Bürozeiten:

Mo-Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr,  
e-mail: [info@plage.at](mailto:info@plage.at) – [www.plage.at](http://www.plage.at)

**Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.

**Herstellung:** Bubnik-Druck, Ebenau



*Julia BOHNERT war nicht nur Projektmanagerin bei der PLAGE, sondern auch – wie man hier sieht – deren „junges Gesicht“!*

Die Energieversorgung der Schweiz soll bis 2050 zum Großteil auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien basieren. So schreibt es die „Energiestrategie 2050“ des Bundesrats (=Bundesregierung) vor. Darin fehlen jedoch die Regelungen zur schrittweisen Außerbetriebnahme der bestehenden alten AKW. Die Initiative schließt diese zentrale Lücke der Gesetzgebung und sorgt dafür, daß die AKW gestaffelt (2017, 2024 und 2029) vom Netz gehen. Das schafft mehr Sicherheit für die Bevölkerung und Planungssicherheit für die Energiewirtschaft. Eine Annahme der Initiative verleiht zudem dem Ausbau der Erneuerbaren den nötigen Schub. Bleiben die AKW am Netz, fehlt der Druck für den Ausbau.

## Der geordnete Atomausstieg ist machbar

Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz: Zwei Drittel der Stromproduktion sind bereits erneuerbar, ein Drittel sind innerhalb von 13 Jahren noch zuzubauen. Wasserkraft und Solar- und Windkraftwerke ergänzen sich optimal: Die in den Stauseen gespeicherte Ener-

gie versorgt die Schweiz dann mit Strom, wenn weder Sonne noch Wind verfügbar sind. In Europa wurden in den vergangenen Jahren sehr viele neue Erneuerbare-Anlagen gebaut, und der Strommix wird immer sauberer. Dazu beigetragen hat auch die Schweiz: „Mehr als ein AKW der Größe von Mühleberg wurde bereits im Inland ersetzt, mehr als zwei AKW durch Investitionen von Schweizer Energieversorgern im Ausland,“ erinnert Christian Engeli, Kampagnenleiter von Greenpeace Schweiz. Und würden die Schweizer AKW abgestellt, wäre auch die Wasserkraft in der Schweiz wieder rentabel. So einfach ist es letztlich!

Viele Firmen, darunter unzählige kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Industrie und Gewerbe, bauen bereits an dieser Energiezukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze und Einkommen in allen Landesregionen. Darauf lässt sich bauen, aber dafür braucht es den geordneten und verbindlichen Atomausstieg.

## Diesen Winter schon Realität

Die Gegner der Initiative argumentieren mit Klimaschutz und Versorgungssicherheit gegen den Atomausstieg. Das, so die Umweltallianz, sei falsch und scheinheilig, denn gerade die Ausstiegs-

gegner haben bisher „eine Dreckstrom-Abgabe und mehr Klimaschutz verhindert.“

Das AKW Leibstadt bleibt wegen Problemen im Reaktorkern bis Februar 2017 vom Netz. Mit dem anhaltenden Stillstand von Beznau I reduziert sich die AKW-Produktion diesen Winter um fast die Hälfte. Damit strapaziert der diesjährige Winter die Versorgungssicherheit viel mehr, als es die Atomausstiegsinitiative abgestuft verlangt. Die sinkende Zuverlässigkeit des ältesten AKW-Parks der Welt wird zum Klumpenrisiko für die Stromversorgung und führt zu einer erhöhten Auslandsabhängigkeit und zu mehr Importen – von Versorgungssicherheit keine Spur!



© CC / Nicolas  
Menschenbild „Ja zum geordneten Atomausstieg“,

Blocher und die Volksverächter, Mordaufruf in Winterthurer Moschee

# DIE WELTWOCH

Herausgeber: J. Schweizer Verlag, Zürich, 1988, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999, 2001, 2003, 2005, 2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2017, 2019, 2021, 2023

HORROR-CLOWNS  
Eine Kulturgeschichte  
HILLARY CLINTON  
Watergate 2.0  
LIFESTYLE-LESBEN  
Bizarrer Trend

## ATOMAUSSTIEG?

## NEIN DANKE

Kostenfalle Energiewende

Seitdem die „Weltwoche“ nun schon vor Jahren vom Unternehmer und langjährigen Vorsitzenden der Schweizer Volkspartei (SVP), Christoph Blocher, übernommen wurde, ist sie zu einem regelrechten Organ der Atomindustrie geworden. Wie stets, ist dem „Weltwoche“-Energieredakteur Alex Baur keine Umdeutung der Wirklichkeit zu kraß: „Deutschlands Alleingang“ betitelt er einen der Beiträge zum Schwerpunkt, der auf der Titelseite unlängst wie hier abgebildet angekündigt wurde. Wie es die Taktik der Atomlobby weltweit ist, läßt Baur dabei die frühen Aus- bzw Nichteinstiege von Österreich und Dänemark natürlich außer acht. Vielmehr ist laut Untertitel „weltweit (...) die Kernkraft trotz Fukushima nach wie vor auf dem Vormarsch.“ Da ignoriert er unter anderem kühn den jährlichen unabhängigen World Nuclear Industry Status Report von Mycle Schneider Consulting und Antony Froggatt (NURIS, [http://nuris.org/wp-content/uploads/2015/04/Froggatt\\_World-Nuclear-Industry-Status-Reports.pdf](http://nuris.org/wp-content/uploads/2015/04/Froggatt_World-Nuclear-Industry-Status-Reports.pdf))! Um gleich die Katze vollends – gegen jeglichen Atomausstieg irgendwann – aus dem Sack zu lassen: „Die technische Entwicklung steht erst am Anfang, das Potenzial ist gigantisch.“ Da kommen sie wieder: die Schnellen Brüter (harmlos als „Generation-IV-Reaktoren“), dann die Kernfusionstaube auf dem Dach der Energiezukunft, die Modularen Kleinreaktoren, alle schon seit Jahrzehnten mit Unsummen und Publicity gepusht und immer noch ohne Energiegewinn. Dazu gehören dann selbstverständlich auch Uranabbau ohne Ende, Wiederaufbereitungsanlagen und durchgedrückte Endlager für den weiter wachsenden radioaktiven Abfallberg...



## Umfrage zur Atomausstiegsinitiative

# Die Grünen starten mit Vorsprung

**57 % der Stimmenden würden derzeit ein Ja zur Atomausstiegsinitiative in die Urne legen, lautet das Ergebnis der ersten SRG-Umfrage. Der Nein-Anteil liegt bei 36 %.**

„Potenziell mehrheitsfähig“ – so lautet die Schlussfolgerung des Instituts GfS Bern aus der ersten Umfrage zur Atomausstiegsinitiative, die sie im Auftrag der Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) durchgeführt hat. 57 % der Befragten würden bestimmt oder eher Ja sagen zu der Volksinitiative, über die am 27. November abgestimmt wird. 36 % würden bestimmt oder eher ein Nein in die Urne legen; 7 % sind unentschieden oder geben keine Antwort.

Die AKW-Gegner punkten mit dem Alter der Atomkraftwerke: 62 % der Teilnahmewilligen seien einverstanden, daß Schweizer Atomkraftwerke mit jedem zusätzlichen Jahr Betrieb noch gefährlicher würden.

Damit steigt die Grüne Partei mit einem Vorsprung von 21 Prozentpunkten

in den Abstimmungskampf. Allerdings genießen Volksinitiativen anfangs oft ansehnliche Sympathien, die bis zum Urnengang regelmäßig wegschmelzen. Solches mußten die Grünen jüngst bei ihrer Initiative „Grüne Wirtschaft“ erfahren, die in der ersten SRG-Umfrage gar einen Vorsprung von 37 Punkten ausgewiesen bekam und am Schluß doch klar scheiterte. Bei der Atomausstiegsinitiative ist indes die Meinungsbildung für den jetzigen Zeitpunkt relativ weit fortgeschritten, gibt GfS Bern zu bedenken. 61 % der geäußerten Stimmabsichten sind dezidiert.

Ein deutliches Links-Rechts-Gefälle ist sichtbar. Die Basis der Grünen ist zu nicht weniger als 95 % für die eigene Initiative. Die SP-Anhänger billigen diese zu 80%; bei der CVP, FDP und SVP ergeben sich Ja-Anteile von 58, 46 und 38 %. Auch bestehen sprachregionale Kontraste: Die Deutschschweizer heißen die Initiative mit 55 zu 40 % gut, die französischsprachigen Schweizer mit 64 zu 22 %. Die italienische Schweiz liegt

dazwischen (57 zu 29 %). Auffallend erscheint schließlich der Unterschied zwischen den Geschlechtern – 63 % der Frauen sind für die Initiative, aber bloß 50 % der Männer.

Die Atomausstiegsinitiative will alle AKW spätestens nach 45 Betriebsjahren stilllegen. Nur mit einem geordneten Ausstieg werde die Energiewende Realität – so lautet gemäß der Umfrage das beliebteste Pro-Argument. Auf der Contra-Seite erhält die Kritik an bedenklichen Stromimporten aus ausländischen Gas- und Kohlekraftwerken am meisten Zustimmung.

*(Quelle: NZZ, 24.10.2016. – GfS Bern befragte telefonisch 1.200 Stimmberechtigte zwischen dem 3. und 14. Oktober.)*

*\*\* FDP = Freisinnige/Liberale (gemäß Wikipedia bürgerlich, wirtschafts- und gesellschaftsliberal, Mitte-rechts); BDP = Bürgerlich-Demokratische Partei (bürgerlich-konservative Mitte); CVP = Christlichdemokratische Volkspartei (CVP): (bürgerlich, breites Spektrum von leicht links der Mitte bis klar rechts);*



Das AKW Leibstadt bei Nacht. Es liegt am Rhein, nahe der deutschen Grenze.

## Parlamentarier-Komitee gegen die Ausstiegsinitiative

# „Absurde Alternativen zu Nuklearstrom“



© Walter Bieri / Keystone

**Transparent beim AKW Beznau (AG) bei der Wanderung „Menschenstrom gegen Atom in der Region“.**

Mit der Atomausstiegsinitiative der Grünen müsste das letzte Schweizer AKW 2029 vom Netz. Es sei jedoch nicht klar, wie der Anteil der Kernkraftwerke an der Stromproduktion von 38 Prozent ersetzt werden soll, sagte der Genfer FDP-Nationalrat Benoît Genecand im Namen des überparteilichen Nein-Komitees am Dienstag vor den Medien. Die neuen erneuerbaren Energien würden im besten Fall die Hälfte der ausfallenden Produktion abdecken können – und dies erst noch ungenügend. Denn Photovoltaik würde laut Genecand über das ganze Jahr gesehen nur während 11 % der Zeit Strom liefern. Dies sei nur die Hälfte von Beznau-1\*, das 2015 aufgrund eines langen Unterbruchs eine auf 20 Prozent reduzierte Betriebszeit ausgewiesen habe.

### Zu wenig Zeit für Planung

Laut den Gegnern der Initiative könnte die Schweiz den fehlenden Strom aus Frankreich oder Deutschland importieren. Doch dies sei nicht konsequent. Denn in Frankreich betrage der Anteil von Atomstrom am Strommix 76 %. In Deutschland stammten über 70 % des Stroms aus nuklearer oder fossiler Produktion. Der Bezug von Strom aus erneuerbarer Quelle über Zertifikate sei heuchlerisch, sagte Genecand. Es sei absurd, mit der Ausstiegsinitiative indirekt den Import von Kohlestrom oder

den Bau von Gaskraftwerken zu fördern, sagte BDP-Ständerat Werner Luginbühl. Für CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt führt die Initiative zu einer «chaotischen Sofortabschaltung». Denn bereits 2017 müssten die ersten drei Werke vom Netz genommen werden. Laut Müller-Altermatt ist es unmöglich, das hochkomplexe Verfahren einer AKW-Stilllegung innerhalb eines Jahres zu organisieren. Die BKW habe ihr Stilllegungsgesuch für Mühleberg 2015 eingereicht, und die

Planung dauere bis 2019. Der CVP-Politiker vertritt überdies die Ansicht, dass fixe Laufzeiten die Sicherheit verminderten. Dies bedeute eine Abkehr von der heutigen Kultur der kontinuierlichen Investitionen.

Mit politisch festgelegten Laufzeiten drohen laut den Initiativgegnern Entschädigungsforderungen der Betreiber in Milliardenhöhe. Dafür müssten die Steuerzahler aufkommen.

### Zwei Interpretationen

Unter den rund 150 Parlamentariern im Nein-Komitee gibt es Befürworter und Gegner der Energiestrategie der Regierung. Ein Nein zur Initiative werde nach der Abstimmung in beide Richtungen interpretiert, vermutet Luginbühl. Die Befürworter würden es als Signal für die Energiewende gemäß offizieller „Energiesstrategie 2050“ deuten, die Gegner als Zeichen gegen den Atomausstieg.

*Neue Zürcher Zeitung (NZZ),  
18.10.2016 (gekürzt)*

\* Das älteste noch laufende AKW der Welt.

## Der überstürzte Atomausstieg

*Deutschlands Erfahrungen als Mahnung für die Schweiz*

**Engpässe wegen Atomausstieg** NZZ 9.11.16  
*In Deutschland macht der rasche Rückbau Probleme, die auch die Schweiz tangieren*

Mittwoch, 9. November 2016  
INTERNATIONALE AUSGABE

SCHWEIZ  
Neue Zürcher Zeitung

## Der Strommix wird dreckiger

*Bei einem raschen Atomausstieg wird der Import von Kohlestrom unausweichlich*

*Wenn es ernst wird, findet offenbar auch die Neue Zürcher Zeitung zu ihrer einstigen Rolle als Sprachrohr von Elektrizitätswirtschaft und Atomindustrie zurück: In einer einzigen Ausgabe, am 9.11.2016, berichtet sie hier gleich dreimal mit einseitigem Tenor gegen die Atomausstiegsinitiative. Und das so prominent, wie es nur geht: auf der Titelseite und jeweils auf der ersten Seite der Zeitungsteile.*



# Strategiepapier der Schweizer AKW-Lobby: Staat soll unrentable Kraftwerke kaufen

## Das Strategiepapier zeigt die Widersprüche der Atom- betreiber: Ist Atomstrom nun billig oder völlig unrentabel?

Im April dieses Jahres wurde der Baseler Zeitung ein Lobbyingkonzept im Auftrag des Schweizer Stromkonzerns Alpiq zugespielt (<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Unrentable-AKW--muss-der-Staat-sie-retten/story/14106024>) Das Papier führt im Detail auf, wie Politiker, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und Journalisten für eine Kampagne pro Atomkraft instrumentalisiert werden sollen. Ihr Ziel ist, „durch geeignete politische Maßnahmen sicherzustellen, dass die Betriebsrechnung in den Bereichen Wasserkraft und Kernkraft schnellstmöglich wieder positiv ist.“ Es wird deutlich, wie die Verluste des Stromkonzerns dem Bürger als Steuerzahler aufgebürdet werden sollen.

Zu diesem Zweck sollen gezielt Studien verfasst werden, die verdeutlichen, wie unrentabel die Stromproduktion der AKW sei, die Stromwirtschaft solle mit

einem besorgten Tenor antworten und schließen, die Stromversorgung leide und ein Verlust der Atomwirtschaft sei „nicht gut für die Schweiz“.

Dadurch ließe sich die Angst wegen Jobverlusten kanalisieren. Zunehmende Entlassungen sollen den Staat dazu treiben, als Alternative zu hohen sozialen Folgekosten durch die Abschaltung der AKW diese stattdessen zu retten.

**Alpiq selber soll aber im Verlauf der gesamten Kampagne nicht als Initiator genannt werden.** (→ Vgl. Seite 1.)

Diese Vorgänge in der Schweiz erinnern stark an die Kampagnen der Atomlobby in Deutschland von 2008/2009 (<http://www.photovoltaikbuero.de/pv-buero-blog/vom-hoffnungstraeger-zum-suedenbock-teil-1/>): Der Atomausstieg war beschlossen, trotzdem titelten Zeitungen immer wieder, ohne Atom sei die

Energiewende nicht machbar. Die Rufe nach einer Laufzeitverlängerung wurden lauter, 2010 wurde sie dann beschlossen. Was die wenigsten wissen: Es fand eine gezielte Kampagne mit dem Ziel „Bis zur Bundestagswahl 2009 Grundstimmung pro Laufzeitverlängerung herstellen“, bzw. „die politische-öffentliche Debatte um die Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke positiv beeinflussen“ statt. Das geht aus zwei Kommunikationspapieren hervor, die der taz und Greenpeace zugespielt und im Auftrag des Atomforums erstellt worden waren. Solche „Gefälligkeitsgutachten“ hat sich also auch die Schweizer Atomwirtschaft anfertigen lassen. (<http://blogs.taz.de/rechercheblog/2011/10/28/atomlobby/>)

*(Quelle: Newsletter von Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group (EWG) und Autor des seinerzeitigen Entwurfes zum bahnbrechenden Erneuerbare-Energien-Gesetz, 15. April 2016)*

## Die Schweiz – ein Verhältnis mit EURATOM?

**Nicht-EU-Mitglied Schweiz ist an der EURATOM-Kernfusionsforschung und am Kernfusions-Reaktorprojekt ITER teilassoziert. Sie bezahlt dafür bis ins Jahr 2020 mindestens 180 Millionen Schweizer Franken (164,5 Millionen Euro) für die Forschung im Rahmen von EURATOM und den Fusionsreaktor ITER. Sie wurde dazu quasi erpreßt, so einige kritische Stimmen.**

Am 1. Januar 2014 startete das **8. EU-Forschungsrahmenprogramm** „Horizon 2020“ (Rahmenprogramm für Forschung und Innovation) mit einer Laufzeit von sieben Jahren. Erstmals umfasst dieses Forschungsrahmenprogramm (FRP) das zuvor parallel laufende EURATOM-Programm als integralen Bestandteil, wobei dessen Budget aber weiterhin für 5 Jahre berechnet wird (2014-2018).

**Ende 2016 läuft die Schweizer Teilassoziierung aus**

Seit 2004 nahm die Schweiz mit allen Rechten und Pflichten am 6. und 7. EU-Forschungsrahmenprogramm teil. Auch für „Horizon 2020“ war eine Vollassoziierung der Schweiz vorgesehen. Die EU lehnte diese jedoch ab, nachdem die Eidgenossen im Februar 2016 die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung angenommen hatten und somit das sog. Kroatien-Protokoll nicht unterzeichnet wurde. Es wurde lediglich eine Teilassoziierung vereinbart, die vorläufig bis Ende 2016 gilt. Die Schweiz nimmt daher nicht am gesamten „Horizon 2020“, aber doch an gewissen Bestandteilen als assoziierter Staat teil: am 1. „Horizon“-Pfeiler „Wissenschaftsexzellenz“, am Programmteil „Verbreitung von Exzellenz und Ausweitung der Be-

teiligung“ und an EURATOM.

Philipp Burkhardt, beim Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) für die Berichterstattung aus dem Bundeshaus (Parlament und Regierung) zuständig, hat die vereinbarte Teilassoziierung kritisch kommentiert: Forschung im Nuklearbereich mache für die Schweiz nur noch Sinn, wenn es um die Sicherheit oder Abfallentsorgung bestehender AKWs gehe, wie im Aktionsplan zur Energieforschung vom Bundesrat festgehalten. Seit dem international

**EU-Druck auf Schweiz zur EURATOM-Finanzierung**

kritisierten Ja zur Initiative gegen Masseneinwanderung werde die Schweiz in der Forschung von der EU-Kommission generell als Drittland behandelt, dürfe

jedoch genau in einem Bereich weiterhin mitmischen, der energie- und wirtschaftspolitisch wenig interessant ist: bei der Kernfusion. Laut dem damaligen Bundesrat Johann Schneider-Ammann (seit 2016 Bundespräsident), so Burkhardt, sei die Fortführung dieser Geldflüsse die Bedingung seitens der EU, um überhaupt mit dem achten FRP assoziiert zu werden. Die Schweiz beteiligt sich finanziell somit weiterhin am Fusionsteil des EURATOM-Programmes sowie am Reaktorprojekt ITER (International Thermonuclear Experimental Reac-

tor) in Südfrankreich. Wie ausgehandelt, soll die Schweiz dafür bis ins Jahr 2020 rund 164,5 Millionen Euro bezahlen. Da der Bundesrat – die Schweizer Bundesregierung – im März 2016 das Kroatien-Protokoll doch unterzeichnet hat, ist davon auszugehen, dass die Schweiz ab 2017 wieder vollständig an „Horizon 2020“ assoziiert wird. Bedenken in Bezug auf die Unterstützung der Nuklearforschung im Rahmen von EURATOM auf seiten der Atomkritiker bleiben freilich bestehen.

**Nützliche Links:**

<https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/themen/internationale-forschungs--und-innovationszusammenarbeit/forschungsrahmenprogramme-der-europaeischen-union.html> (Ausgezeichnete Einleitung + Übersicht; EURATOM neu in Horizon 2020 > s.u.)

[http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/fact\\_sheet\\_on\\_horizon2020\\_budget.pdf](http://ec.europa.eu/research/horizon2020/pdf/press/fact_sheet_on_horizon2020_budget.pdf) (Budget Horizon 2020 und Zusammenhang mit EURATOM > fusion indirect actions, fission indirect actions, nuclear direct actions of the JRC > total EURATOM regulation 2014-2018 1,6bn Euro)

<http://ec.europa.eu/research/participants/data/>



# HORIZON 2020

## Switzerland's participation 2014–2016

**Excellent Science (EUR 24.4bn)**

- European Research Council EUR 13.1bn ✓
- Future and Emerging Technologies EUR 2.7bn ✓
- Marie-Sklodowska-Curie Actions EUR 6.1bn ✓
- Research Infrastructures EUR 2.5bn ✓

**Industrial Leadership (EUR 17bn)**

LEIT = Leadership in enabling and industrial technologies

- ICT ✓
- Nano, new materials ✓
- Biotechnology ✓
- manufacturing and processing ✓
- Space ✓

EUR 13.5bn

- Access to Risk Finance EUR 2.9bn ✗
- Innovation in SMEs EUR 0.6bn ✗

**Societal Challenges (EUR 29.7bn)**

- Health EUR 7.5bn ✓
- Food EUR 3.9bn ✓
- Energy EUR 6bn ✓
- Transport EUR 6.3bn ✓
- Climate EUR 3bn ✓
- Inclusive Societies EUR 1.3bn ✓
- Security EUR 1.7bn ✓

Spreading Excellence (EUR 0.8bn) ✓

Science for Society (EUR 0.5bn) ✓

European Institute of Innovation and Technology (EIT) EUR 2.7bn ✓

Joint Research Centre (JRC) EUR 1.9bn ✓

\* Hier „steckt“ EURATOM „drin“

Euratom EUR 1.6bn ✓

\* Hier „steckt“ EURATOM „drin“

**Switzerland's participation in Horizon 2020 (As of: 15.09.2014)**

CH Association (Sept. 2014 -Dec. 2016)

✓ CH participation as third country

✗ No CH participation

Quelle (Beträge für „Horizon2020“ gesamt, **nicht** Schweizer Beteiligung!): <https://www.sbfi.admin.ch/sbfi/de/home/themen/internationale-forschungs--und-innovationszusammenarbeit/forschungsrahmenprogramme-der-europaeischen-union/horizon-2020/h2020.html> > Horizon 2020 (pdf)

# Forschungsabkommen Schweiz – EU: Die Schweiz „darf“ weiterhin bei EURATOM mitmachen

**Am 1. Januar 2014 startete die neueste, achte Generation „Horizon 2020 – das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation“. Dieses dauert bis 2020 und umfaßt ein Gesamtbudget von rund 80 Milliarden Euro.** (Forschungsrahmenprogramme der Europäischen Union, EU-Wissenschafts- und Technologiepolitik auf Grundlage der Verträge von Maastricht und Amsterdam: <https://www.sbf.admin.ch/sbfi/de/home/themen/internationale-forschungs--und-innovationszusammenarbeit/forschungsrahmenprogramme-der-europaeischen-union.html>)

Die Teilnahme an den Forschungsrahmenprogrammen (FRP) der EU gehört zu den Prioritäten der schweizerischen Wissenschaftspolitik. Forschende von Schweizer Hochschulen und der Pri-

vatwirtschaft beteiligen sich seit 1987 daran. Seither hat sich das Feld der Teilnehmer laufend erweitert: Während des 3. FRP (1990-1994) wurden 500 Schweizer Projektteilnehmer mit insgesamt knapp 130 Mio. Franken (CHF) unterstützt, im 6. FRP waren es bereits 1.900 Teilnehmer und eine Fördersumme in der Höhe von knapp 800 Mio. CHF.

## Reizvoll für Schweizer Atomforscher...

Am 6. FRP, dann am 7. FRP (2007-2013) konnte die Schweiz ab 2004 dank einem entsprechenden bilateralen Abkommen mit der EU als assoziiertes Land mit allen Rechten und Pflichten voll teilnehmen. Also sowohl am generellen Forschungs- als auch am EURATOM-Programm. Die

Bilanz zum 7. FRP (2007-2013) zeigt, daß Forschende in der Schweiz im Wettbewerb um EU-Forschungsgelder sehr erfolgreich waren. Insgesamt sind rund 2.482 Mio. CHF an Fördermitteln – notabene für alle Forschungsbereiche, nicht nur EURATOM! – in die Schweiz geflossen.

Durch die Assoziierung ab 2004 erhielt die Schweiz das Recht, in den Leitungskomitees der spezifischen Programme sowie in diversen Steuerungsausschüssen durch sein Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) vertreten zu sein. Damit bekam sie direkten Zugang zu Informationen und die Möglichkeit, an der Durchführung der aktuellen sowie der Ausgestaltung künftiger EU-Rahmenprogramme mitzuwirken.

## EU will Schweizer Geld für Nuklearforschung

**Die EU setzt die Schweiz unter Druck: Sie darf sich an den neuen Forschungsprogrammen der EU nur beteiligen, wenn sie massiv in die Nuklearforschung investiert – trotz beschlossenen Atomausstieg. Politiker sprechen von „Erpressung“.**

Forschung im Nuklearbereich mache für die Schweiz nur noch Sinn, wenn es um die Sicherheit oder Abfallentsorgung bestehender Atomkraftwerke gehe. Dies hält der Bundesrat (Schweizer Bundesregierung) in seinem Aktionsplan zur Energieforschung fest. Die Erforschung neuer Technologien – auch im Bereich der Kernfusion – hingegen habe „keine Priorität“.

Doch ausgerechnet für diesen Bereich wird die Schweiz trotz beschlossenen Atomausstieg in den nächsten Jahren bis zu einer Viertelmilliarde Franken ausgeben müssen – auf Druck der EU. Denn Brüssel setzt im Rahmen des EURATOM-Programms voll auf die Kernfusion: In Frankreich wird am internationalen Versuchsreaktor ITER gebaut. Dieser sorgt seit Jahren wegen Budgetüberschreitungen für Schlagzeilen.

Die EU erwartet, daß die Schweiz wie ausgehandelt bis ins Jahr 2020 rund



*Bei Cadarache (Südfrankreich) entsteht der Kernfusions-Versuchsreaktor ITER. (zvg)*

180 Millionen Franken für Kernfusionsforschung und den ITER-Reaktor bezahlt. Dafür können schweizerische Forschungsinstitutionen weiter an Ausschreibungen des EURATOM-Programms im Bereich Fusion und des

ITER-Projekts teilnehmen, sagt Xavier Reymond vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Der größte Empfänger des Programms in der Schweiz sei die ETH Lausanne mit dem Centre de Recherches en Phy-





Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Lausanne profitiert stärksten von der Schweiz-EURATOM-Partnerschaft in der Kernfusionsforschung. (Keystone)

siques des Plasmas mit Standorten in Lausanne sowie am Paul-Scherrer-Kernforschungsinstitut (PSI) in Würenlingen.

Die Schweiz, bestätigte Forschungsminister Johann Schneider-Ammann, müsse ITER und EURATOM weiter mitbezahlen: „Man hat uns in Brüssel mehrfach klipp und klar gesagt: Ihr seid assoziiert mit dem Forschungsrahmenprogramm Nummer acht. Aber: ihr seid das nur unter der Bedingung, daß ihr am EURATOM-Programm wie bisher mitbezahlt“, sagte Schneider-Ammann gegenüber SRF.

### Da sind wohl auch die Schweizer Atomforscher dahinter...

Diese Bedingung gilt nur für die Schweiz, nicht aber für andere Staaten außerhalb der EU – wie Norwegen, Israel oder die Türkei. Damit dränge sich grundsätzlich die Frage auf, „ob die Schweiz als einziges Land eine solche Behandlung akzeptiere“. So steht es geschrieben in der bundesrätlichen Botschaft zum achten

Forschungsrahmenprogramm der EU. Die Antwort gibt sich die Regierung gleich selbst: Es bleibe gar keine andere Wahl. Negative Auswirkungen auf andere europapolitische Dossiers könnten sonst nicht ausgeschlossen werden. Und, betont Bundesrat (= Minister) Schneider-Ammann: Die Schweiz habe in den letzten Jahren immer deutlich mehr Mittel aus den EU-Forschungsprogrammen erhalten als sie nach Brüssel geschickt habe.\*

*\* Anm. PLAGE: Das kann ja für die nicht nuklearen Bereiche weiter gelten. Der Atomausstieg aber hätte logischerweise die Streichung der Schweizer Mitarbeit und Mitfinanzierung an EURATOM-Programmen zu bedeuten. Punktum.*

### Parlamentarier wenig erfreut

Ganz anders sieht das der Präsident der außenpolitischen Kommission des Nationalrates, Andreas Aebi von der Schweizerischen Volkspartei (SVP): „Das sieht ein wenig nach Erpressung

aus, und solche Erpressungen habe ich eigentlich gar nicht gerne“, so Aebi gegenüber SRF. Er wolle dann schon noch wissen, warum das so sei.

Kritik kommt auch von Links – allerdings aus anderen Gründen. Eric Nussbauer von der SP, Präsident der nationalen Energiekommission, findet es falsch, überhaupt noch Geld für die Erforschung der Kernfusion auszugeben.

(Quellen:

<http://www.srf.ch/news/schweiz/die-schweiz-darf-weiterhin-an-euratom-mitmachen>

<http://www.srf.ch/news/schweiz/eu-will-geld-fuer-nuklearforschung-trotz-atomausstieg>

Philipp Burkhardt in **Rendez-vous**, SRF-Bundeshaus-Berichterstattung, 8.3.2013 und in **Heute-Morgen**, SRF 13.3.2014)

## Kommentar PLAGE:

Jenseits des Themas Schweiz – EURATOM drängt sich hier folgende Frage zur **österreichischen Haltung**, zumal der **SPÖ**, zum **EURATOM-Forschungsprogramm** auf: Wenn der SP-Vorsitzende der Energieausschusses im Schweizer Parlament selbst für ein ehemals so tief atomar verstricktes Land Ausgaben für die Kernfusion für überflüssig, ja falsch befindet, weshalb rechtfertigt die SPÖ dann im „atomfreien Österreich“ immer noch die Millionenbeiträge für die EURATOM-Fusionsforschung und deren großes, unersättliches Riesenbaby, den ITER-Reaktor? Natürlich richtet sich die Frage ebenso an die ÖVP – oder in der Opposition an die NEOS. Doch an die SPÖ angesichts ihres fusionskritischen Schweizer Parteifreundes und Energiepolitikers zuallererst.



## pla\_ge AKTIV-KUPON

Name \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ e-Mail: \_\_\_\_\_

### ABO

- Förderndes Mitglied\* € 40,-     Aktives Mitglied (Normalverdiener)\* € 20,-
- Aktives Mitglied (Studenten/Schüler)\* € 8,-     PN-Abo (keine Mitgliedschaft) € 8,-
- Tragt mich in die Helferliste ein – ich möchte mich aktiv an der PLAGE-Arbeit beteiligen

\* jährlicher Mitgliedsbeitrag inkl. PN-Abo

**Was wir tun:** Der Politik auf die Finger schau. Bildungsarbeit – Infostände – Unterschriftenaktionen – Vorträge – Ausstellungen – Medienarbeit – Leserbriefe – Erstellen von Informationsmaterial – Veranstaltungen – Demonstrationen

An PLAGE  
Nonntaler Hauptstraße 86  
5020 Salzburg

oder per Fax  
0662/643567

# Trumps lässiger Umgang mit Atomwaffen

**In seiner Wahlkampagne redete der republikanische Kandidat mit einer Lässigkeit über einen Einsatz von Atomwaffen, die viele Sicherheitsexperten erschauern ließ. Als US-Präsident kann Trump Nuklearwaffen einsetzen - mit nur einem Befehl. Selbst einen A-Waffeneinsatz in Europa hat er nicht ausgeschlossen.**

Theoretisch, rein theoretisch, ist dieses Szenario denkbar: Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich nicht gut. Vielleicht hat er Zahnschmerzen. Er schläft schlecht. Am frühen Morgen ruft er grantig den Offizier zu sich, der in einem Koffer – genannt „der Football“ – die Unterlagen für den Abschuss der amerikanischen Atomwaffen bei sich trägt und der sich rund um die Uhr in der Nähe des Staatschefs aufhält. Der Präsident liest dem zuständigen General im Pentagon von einer Karte - genannt „der Keks“ - einen Identifizierungscode vor und befiehlt einen Nuklearschlag irgendwo auf der Welt. Sofern das Militär nicht meutert, kann ihn niemand daran hindern.

## Er spricht über Atomwaffen, als seien es Immobiliengeschäfte

Der 45. US-Präsident redete als Kandidat mit einer Lässigkeit über Nuklearwaffen, die viele Sicherheitsexperten erschauern ließ. Und nach seiner Wahl wohl erst recht erschauern läßt.

Seine Gegnerin Hillary Clinton machte dies in ihrer Parteitagsrede ausdrücklich zum Wahlkampfthema. „Einem Mann, der sich von einem Tweet aus der Fassung bringen lässt, kann man keine Atomwaffen anvertrauen.“ Umfragen zeigten, daß nur ein Drittel der Amerikaner glauben, das US-Nukleararsenal sei bei Trump in guten Händen.

Trump betonte zwar, daß er Nuklearwaffen für furchtbar halte und als Präsident alles tun wolle, um einen Einsatz zu verhindern. Doch bleibt zum angesichts seines irrlichternden Temperaments unklar, unter welchen Umständen Trump sich doch einen Nukleareinsatz vorstellen könnte. Das ist nicht grundsätzlich verwerflich - „strategische Uneindeutigkeit“, sprich: den Gegner im Unklaren lassen, ist Teil jeder Nuklear-

doktrin. Die Obama-Regierung hatte aber zumindest erklärt, daß Amerika keine Atomwaffen gegen Länder einsetzen werde, die selbst keine solchen Waffen besitzen, die den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben und sich daran halten. Das schließt einen Atomschlag etwa gegen Deutschland praktisch aus, nicht aber gegen Nordkorea. Präsident Barack Obama erwog zudem, eine sogenannte No-first-use-Doktrin zu formulieren: das hieße, die USA verpflichten sich, in einem Konflikt nicht als erste Partei Atomwaffen einzusetzen.

## „Europa ist ziemlich groß – keine Option vom Tisch“

Trump der Kandidat redete viel über das Thema. Zugleich hinterließ er nicht den Eindruck, er kenne sich mit atomaren Dingen gut aus oder habe das, was er sagt, gründlich durchdacht. Diese Schwammigkeit begründet er damit, dass man „nie Optionen vom Tisch nehmen“ dürfe – ein Trump-Credo, das er sich durch seine vielen Verhandlungen bei Immobiliengeschäften erworben hat. „Nuklearwaffen sollten vom Tisch sein. Aber gibt es einen Zeitpunkt, an dem man sie einsetzen könnte? Schon möglich“, lautet eine typische Trump-Sentenz zum Thema.

Beruhigend ist das alles nicht. So soll Trump jüngst am Rande einer Fernsehsendung vergangenen Sommer einen Außenpolitik-Berater mehrmals gefragt haben, warum Amerika seine Atombomben denn nicht einsetzen könne – wenn es diese schon einmal habe. Im Studio

soll daraufhin ungläubiges Schweigen geherrscht haben. „Trump würde sechs Jahrzehnte bewährter Abschreckungstheorie umwerfen“, twitterte der konservative Sicherheitsexperte John Noonan, als die Episode bekannt wurde. „Der Zweck von Atomwaffen ist, dass sie nie eingesetzt werden. Sieht Trump das anders?“

Das umstrittene Zitat ist nicht belegt, ein Sprecher Trumps widersprach der Darstellung. Doch es gibt andere Aussagen des Kandidaten: Als Trump im März in einem Fernsehinterview gefragt wurde, ob er sich den Einsatz von US-Atomwaffen im Nahen Osten oder in Europa gegen Terroristen des Islamischen Staats vorstellen könne, schloß er diesen nicht aus. „Der IS schlägt zu, und Sie würden sich nicht mit Atombomben wehren?“, fragte Trump den Moderator. „Warum bauen wir sie dann?“ Einen Tag später antwortete er auf eine ähnliche Frage über einen Atomwaffeneinsatz in Europa: „Europa ist ziemlich groß. Ich werde keine Option vom Tisch nehmen.“

Am Ende zählt in einer Krise allerdings wohl nur eins: Nerven. Ein Präsident kann so viel über Atomwaffen wissen und nachgedacht haben, wie er will - im Ernstfall muss er unter brutaler Anspannung und binnen weniger Minuten die denkbar folgenreichste Entscheidung treffen. Trump ist sich sicher, daß er für diese Situation genau der richtige Mann ist: „Unter Druck wäre ich bewundernswert ruhig.“ Allemaal: typisch Trump.

*(Quelle: Süddeutsche Zeitung , 5.8.2016, geringfügig redigiert)*



*Im April 2016 hielt Donald Trump in Washington eine Grundsatzrede zur Außenpolitik. Nur ein Drittel der Amerikaner glauben, dass die US-Nuklearwaffen bei ihm in guten Händen wären.*



# Künftiger Bundespräsident: aktiv gegen EURATOM?

**Die Bundespräsidentschaftskandidaten Van der Bellen und Hofer sind beide für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM. Richtige Antworten auf Pläne der EU-Kommission zur Förderung der Atomkraft.**

Die Wahl zum Bundespräsidenten Österreichs hat sich als schwieriges Unterfangen entpuppt. Die Gründe – Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen der Stichwahl, dann fehlerhafte Wahlkuverts – sind bekannt. Am 4. Dezember wird nun wohl tatsächlich Österreichs neues Staatsoberhaupt bestimmt.

## Für oder gegen EURATOM?

Vor der ersten Stichwahl klopften die PLAGE und atomstopp\_oberoesterreich die Einstellung der beiden Kandidaten Van der Bellen und Hofer in Bezug auf EURATOM ab, und wie sie sich als Bundespräsident für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM einsetzen werden. „Wir freuen uns, dass sich beide Bundespräsidentschaftskandidaten **ganz klar und unmissverständlich für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM** aussprechen. Und wir sind überzeugt, das ist auch die richtige Antwort auf die jüngsten Vorstöße der EU-Kommission, die Atomkraft in Europa massiv zu fördern!“, so Roland Egger und Gabriele Schweiger, Sprecher von atomstopp\_oberoesterreich und Heinz Stockinger, Obmann der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren.

Wörtlich hieß es dazu aus dem Wahlkampfbüro von Van der Bellen: „Alexander Van der Bellen hat in all seinen Aussagen immer ganz klar dafür Position bezogen, dass ein **konsequenter Ausstieg Europas aus der Kernenergie** das Gebot der Stunde ist. Auch das Volksbegehren zum Ausstieg aus Euratom wurde von Alexander Van der Bellen unterstützt. [...] Der Ausstieg aus Euratom war und ist ein wichtiger Schritt, um endlich ein großes Stück vorwärts zu kommen in unserem gemeinsamen Bemühen, Europa atomfrei zu machen.“ Wahlkampfbüro Hofer: „Norbert Hofer



vertritt nach wie vor die Meinung, dass die **Energieunion mit Ländern, die auf Kernkraft setzen, nicht im Interesse unserer Heimat** ist und daher ein möglichst rascher Austritt Österreichs aus EURATOM anzustreben sei. Dahingehend wird er natürlich auch sein Wirken als Bundespräsident konzentrieren. Darüber hinaus müsse ein Energiemasterplan für Österreich erstellt werden, um alle Abhängigkeiten von Kernenergie weiter zu reduzieren.“

Nach der Wahl, wie verspätet auch immer, werden atomstopp\_oberoesterreich und die PLAGE beim neu gewählten Staatsoberhaupt umgehend um einen Termin ansuchen und Möglichkeiten der Umsetzung eines österreichischen Ausstiegs aus EURATOM ausloten.

## Aber wie jetzt – Nachsicht für Nachbar-AKW's? Sichere AKW's?

Seit diesen Stellungnahmen der beiden Kandidaten in Bezug auf EURATOM sorgte Norbert Hofer (FPÖ) im Rahmen seines Tschechien-Besuchs für Aufregung. Als Präsident werde er in Atomfragen nicht aktiv gegen die tschechischen Ausbaupläne auftreten - das überlasse er den zuständigen MinisterInnen, so zitiert ihn der Kurier. Entscheidend sei vielmehr die Frage der Sicherheit und EU-weiter Sicherheitsstandards.

Eine derartige Suggestion „sicherer AKW's" ist fatal: Die Atombetreiber und

ihre politischen Steigbügelhalter behaupten seit Jahrzehnten, „selbstverständlich hat die Sicherheit Vorrang“ und „sind die höchsten Sicherheitsstandards einzuhalten“. Eine Behauptung, die häufig bei genauerem Hinsehen schon beim Bau und normalen Betrieb Lügen gestraft wird und seit Harrisburg/Three Mile Island 1979 (USA), Tschernobyl 1986 (UdSSR) und Fukushima 2011 (JAP) nur noch lächerlich ist. Eine derart zurückhaltende Position wie von Hofer offenbar in Prag wurde seit Tschernobyl noch nie von einem österreichischen Bundespräsidenten vertreten. Auf internationalem Parkett waren sie stets – wenn auch manchmal eher laue – Fürsprecher und Botschafter für Österreichs Anti-Atomhaltung.

Im ORF Report Spezial vom 12.9.16 hat Norbert Hofer die Auslegung seiner Prager Statements dementiert und als „absoluter Kernkraftgegner“ u.a. darauf verwiesen, in seiner politischen Laufbahn seit jeher Anträge gegen Kernkraft eingebracht zu haben, für Erneuerbare aktiv zu sein und seinen eigenen Sonnenstrom zu produzieren. Inwieweit Österreich im kommenden Bundespräsidenten einen wirklich aktiven, konsequenten Mitstreiter gegen die – angesichts Fukushimas und des katastrophalen Subventionsbedarfs neuer AKW's – vollends ignorante und gemeingefährliche Atomlinie der europäischen Atomstaaten haben werden, wird sich bereits bei unserer Vorsprache bald nach der Dezember-Wahl weisen.



# PLAGE Finanzen & Spenden

## Großzügige Spender & Sponsoren!

Je mehr Spender/innen aus Wertschätzung, umso gestärkter die Unabhängigkeit und umso gesicherter der Fortgang gesellschaftlich wirksamer Aktivitäten! Eine Binsenweisheit kritischer Vereinsarbeit. Hie und da aber ist es angebracht, ausdrücklich daran zu erinnern. Allen, die die PLAGE regelmäßig oder auch sporadisch finanziell unterstützen, danken wir hier und heute einmal ebenso ausdrücklich.

### In den vergangenen Monaten haben wir darüberhinaus einige besonders großzügige Spenden erhalten:

Zu den Tschernobyl- und Fukushima-Jahrestagen überwies uns Frau R.Z., Salzburg, sage und schreibe € 3.000,-, Frau Dr. I.F., Salzburg, € 200,- und die **Firma Sherpa International/E.S.**, Lochen, € 1.000,-.

Im Sommer überraschte uns die **Firma Sailer GmbH & CoKG**, Pöndorf, mit einer Spende von € 250,-. Und im Herbst nun erhielten wir von der Firma N.N. im Flachgau gar € 2.700,-. Angesichts solcher Eingänge und sol-

cher Anerkennung fallen einem regelrecht die Augen raus – und geht einem ein wenig das Herz über.

Schon seit Jahren – wie auf der Homepage vermerkt – unterstützt uns die **Energiewerkstatt Consulting GmbH Munderfing (EWS)** jährlich mit einem namhaften Betrag. Solch regelmäßige Unterstützung ist natürlich von besonderem Wert. Es sei wieder einmal erwähnt, was wir vor Zeiten bereits berichtet haben: Die Geschäftsführer der EWS, Elfi Salletmaier und Joachim Payr, waren schon gegen das AKW Zwentendorf engagiert und gehörten in den 1980er Jahren einer Gruppe an, die im südlichen Braunauer Bezirk/nördlichen Flachgau gegen die Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf mobil machte. Diese Gruppe wandte sich dann konkret den Energiealternativen zu und errichtete – übrigens mit PLAGE-Hilfe – in Munderfing das erste kleine Versuchs-Windrad. Binnen einiger Jahre bauten sie diese bürgernäheren, ehrenamtlichen Aktivitäten zur Energiewerkstatt Munderfing und dann

zum heutigen modernen und gesunden Betrieb mit rund 40 gesellschaftsdienlichen Arbeitsplätzen aus. Folgerichtiger kann man kaum handeln – vom ideellen Engagement zur konkreten Praxis und Mitgestaltung eines neuen umwelt- und bürgernäheren Wirtschaftsbereichs!

Mehr zB auf: <https://www.ews-consulting.com/de/home.html> und <https://www.ews-consulting.com/de/biologieoekologie.html>



*Ein Mitarbeiter des EWS-Teams für Ökologisches Monitoring hält Ausschau nach Vögeln.*

## 30 Jahre PLAGE – 30 Jahre öffentliche Förderung

Ja, die Salzburger Plattform gegen Atomgefahren ist heuer 30 geworden! Es ging sich für eine größere Geburtstagsfeier leider nicht recht aus. Einerseits vor lauter Arbeit, die uns ja auch nicht zu ausreichend regelmäßigen PN-Ausgaben kommen ließ. Andererseits weil man auch mal „Durchhänger“ hat, während derer man nicht unbedingt feiern will. Man muß es selbst dann nicht zwingen, wenn der eigene runde Geburtstag mit 30 Jahre Tschernobyl und 5 Jahre Fukushima zusammenfällt! Vielleicht können wir aber dennoch im Nachgang zu diesen Jahrestagen – das heißt auch: für 30 Jahre Durchhalten ohne unmittelbare

atomare Bedrohung im eigenen Land – auf zahlreiche „Geburtstagsgeschenke“ hoffen!? Ein Erlagschein sollte hier ja griffbereit beiliegen...

Seit Gründung der PLAGE als Überparteiliche Plattform gegen die WAA Wackersdorf im Juni 1986 suchen wir jährlich auch um Förderung der öffentlichen Hand an. Stadt und Land Salzburg während diese denn auch – mit etwas Auf und Ab, aber kontinuierlich. Das schafft die Grundlage, auf der ehrenamtliches Engagement sich entfalten kann, insbesondere weil dadurch eine Heimstatt, ein ständiger Bürobetrieb,

Archiv und Materiallager gewährleistet sind.

Zum **30jährigen Bestehen der PLAGE** sei daher der Salzburger Politik für die finanzielle Basis unserer Antiatomarbeit umfassend gedankt. Zumal diese Arbeit beileibe nicht nur Salzburg zugutekommt, sondern weit darüber hinaus ausgreift. Wie man ganz aktuell an der „Uranpechblenden-an-Schulen-Affäre“, also einer im Vergleich zu unseren meisten laufenden Schwerpunkten eigentlich recht eingegrenzten Thematik sieht: In Salzburg beginnt's, PLAGE-Geist Thomas Neff entdeckt's, ganz Österreich – viele Schulen in allen Bundesländern – betrifft's. Und über kurz oder lang werden die großteils vergessenen, vernachlässigten Strahlenquellen wohl bundesweit saniert. (→ Vgl. PLAGE-

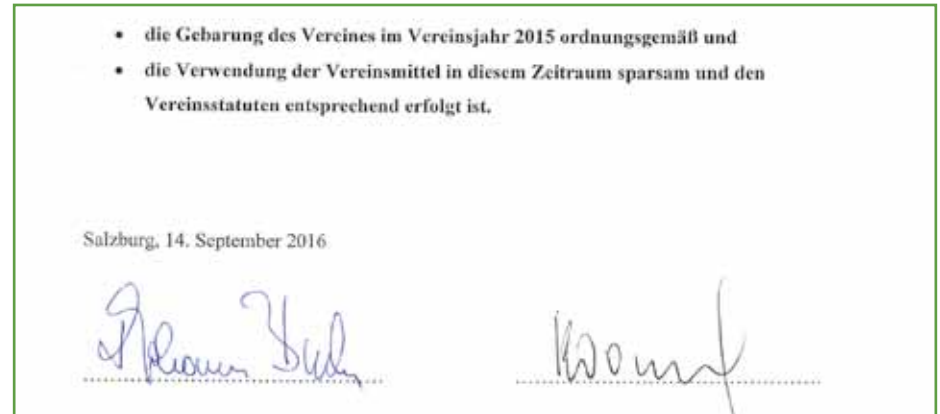
TAGE-BUCH, S. 15.) Daß die Stadt- und Landespolitik den Wert solcher Arbeit durch ihre Förderung anerkennt, obwohl wir auch für sie stellenweise – dann verdient sie es aber! – zur PLAGE werden, dafür danken wir all ihren Trägern in Parteien und Verwaltung, von den Bürgermeistern und Landeshauptleuten „abwärts“. Bei der Stadt spezieller dem Finanzreferenten und dem Kulturamt, welches die PLAGE-Förderanträge und -Tätigkeitsberichte behandelt. Beim Land den Umweltlandesräten während dieser 30 Jahre, einschließlich der aktuellen ersten Umweltlandesrätin, versteht sich, und der Umweltabteilung.

## OK der Rechnungsprüfer

Am 14.9.2016 haben die beiden PLAGE-Rechnungsprüfer, Dr. Johann BUCHNER, ehemaliger Leiter des Landesrech-

nungshofs, und Dr. Manfred KORNEXL, Präsident der Finanzlandesdirektion Salzburg i.R., bestätigt, daß...

Im übrigen können PLAGE-Mitglieder selbstverständlich bei der fälligen **Mitgliederversammlung (MV)** dazu auch



Der PLAGE-Vorstand dankt den beiden Prüfern herzlich für die ehrenamtliche Erfüllung dieser nach innen wie nach außen wichtigen Aufgabe. Zumal sie sich schon seit Jahren dafür zur Verfügung stellen!

zusätzliche Auskunft verlangen. Die MV wird voraussichtlich Anfang 2017 abgehalten – die Einladung mit Tagesordnung wird zeitgerecht ergehen.

## Nachruf

### Michael Mariotte US-Galionsfigur



**Michael Mariotte, schon vom Krebs gezeichnet, bei einer Demonstration in New York 2014.**

Michael Mariotte war eine derart herausragende Figur des Widerstands gegen die Atomenergie in den USA, daß wir seinen Tod im Mai dieses Jahres in der ersten PN, die danach – wenn auch erst jetzt – erscheint, berichten wollen. Er starb mit 63 an Bauchspeicheldrüsenkrebs.

Drei Jahrzehnte hindurch leitete er das Nuclear Information and Resource Ser-

vice (NIRS) in Takoma Park, Maryland. Mit dieser NGO lieferte er im Magazin Groundswell und später im Nuclear Monitor (ex-World Information Service on Energy / WISE, Amsterdam) unablässig prägnante Informationen und scharfsichtige Kommentare, von denen zahllose andere Organisationen und Aktivisten profitierten. Auch weit über die USA hinaus.

Michael Mariotte war der Motor von zwei Kampagnen, die zu Marksteinen des Antiatomkampfes in den USA wurden. Die eine verhinderte die Rücknahme des bundesweiten Verbots der Verbringung von hochradioaktivem Abfall von einem Bundesstaat in einen andern; sein Slo-



**Michael Mariotte am Schlagzeug der Gruppe Tru Fax and the Insaniacs.**

gan dafür lautete: „Kein mobiles Tschernobyl!“ Die andere stellte sich erfolgreich dem Bau neuer Atomanlagen in Maryland und Louisiana in den Weg. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl organisierte er Antiatomkampagnen in Osteuropa.

2014 wurde Michael Mariotte von Ralph Nader, dem amerikanischen Konsumentenschutz-„Papst“, im Namen zahlreicher Umweltorganisationen, darunter Friends of the Earth, Greenpeace, Public Citizen und Sierra Club, ein Preis für sein Lebenswerk verliehen.

Er war überzeugt, daß die Verbreitung der sauberen, erneuerbaren Energiequellen und größere Energieeffizienz die Nuklearenergie überholen werden. „Die Frage ist nicht mehr, ob diese Technologien des 21. Jahrhunderts Atomkraft und fossile Brennstoffe ersetzen werden, sondern wann.“

(Quelle: New York Times, 23.5.2016)

### Klaus TRAUBE, „der erste Aussteiger“

Klaus Traube wurde 1928 als Sohn eines jüdischen Zahnarztes in Hannover geboren. Der Vater nahm sich 1936 we-

gen der Nazis das Leben. Traube musste kurz vor Kriegsende in ein Arbeitslager für „jüdische Mischlinge“.

Traube, der in Braunschweig Maschinenbau studiert und in München über Thermodynamik promoviert hatte, heuerte 1959 bei der Atomindustrie an. Damals hatten Reaktoren noch eine große Anziehungskraft auf junge, talentierte Menschen. Traube machte schnell Karriere, war erst in der Nuklear-Sparte von AEG/Telefunken tätig und ging dann zu General Dynamics nach San Diego (Kalifornien). 1970 wurde er Chef der Siemens-Tochtergesellschaft Interatom, die den Schnellen Brüter in Kalkar entwickelte. Der Brüter sollte Plutonium „erbrüten“ und eine Art energetisches Perpetuum mobile werden, einen kostengünstigen atomaren Brennstoff-Kreislauf ermöglichen.



**„Auch in Deutschland hätte es schon mehrfach einen Super-GAU geben können“: Prof. Klaus Traube**

### Vater des Schnellen Brüters

Eben dieses Schnellen Brüters in Kalkar am Niederrhein Chefentwickler war Traube von 1972 an. Ein Jahr nach dem ersten großen Widerstand gegen ein AKW-Projekt in Deutschland, im badischen Wyl (1976), war Traubes Karriere plötzlich vorbei: Siemens trennte sich vom Interatom-Manager. Erst später wurden vom „Spiegel“ die Hintergründe aufgedeckt. Der Verfassungsschutz hatte Büro und Wohnung von Traube verwandt für eine Lauschaktion. Man verdächtigte ihn, Kontakt zu Terroristen der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) zu haben und diese mit spaltbarem Material zu versorgen. Für Traube endete die Affäre mit einem Freispruch Erster Klasse, Innenminister Werner Maihofer (FDP) hingegen

mußte gehen. „Der Atomstaat“ (Robert Jungk) hatte seine Überwachungsfratze gezeigt.

Daß man Traube im Verdacht hatte, lag einerseits an einer Freundin, die mit dem späteren RAF-Terroristen Hans-Joachim Klein bekannt war. Aber auch daran, daß der Techniker Traube schon damals ein intellektueller Bohemien war, der einen für die 70er Jahre recht unkonventionellen Lebensstil pflegte. Das irritierte wohl die Schlapphüte des Geheimdienstes...

### „Ich war reif für den Ausstieg“

Die Lauschaffäre erleichterte ihm den Atom-Ausstieg, doch warum wechselte er eigentlich die Seite? Traube nannte zwei Gründe: Erstens den Bericht des „Club of Rome“, der 1972 nicht nur Zweifel an der Kernenergie, sondern am gesamten Fortschrittsoptimismus des Westens säte und die Öko-Bewegung beflügelte. Der zweite Grund sei ein ökonomischer gewesen: „Ich habe als Atom-Manager gesehen, wie die Kosten der Kernenergie aus dem Ruder liefen, und daß die Risiken unkontrollierbar blieben. Ich war reif für den Ausstieg.“

Traube stieg nicht nur aus. Er wurde zum Zivilisationskritiker, schrieb das Buch „Wachstum oder Askese“ und veröffentlichte 1981 mit dem Politologen Johano Strasser ein Werk über die „Krise des Industrialismus“.

Traube arbeitete danach als Professor in Bremen, wurde Berater von Umweltorganisationen und war Vizepräsident eines Verbandes, der die Kraft-Wärme-Kopplung propagiert – mit 95% Ausnutzung des eingesetzten Brennstoffs in Form von Strom und Wärme ein Eckpfeiler einer rationellen Energieversorgung. (Quelle: FAZ, 21.3.2011 – im Zuge des Fukushima-Super-GAUs)

### „Industriegeneral“ Herbert KREJCI

„In der Industriellenvereinigung (IV) war Krejci von 1980 bis zu seinem Ausscheiden 1992 ein rastloser Promotor für diverse gesellschaftliche Anliegen. An der Spitze stand die Positionierung der Industrie als Machtfaktor in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung,“ schrieb Die Presse in ihrem

Nachruf am 12. August dieses Jahres. „Machtfaktor“ in den großen öffentlichen Auseinandersetzungen – wie wahr! Daß Herbert Krejci als Generalsekretär der IV einer der heftigsten Atomkraft-Einpeitscher im Staat war und das AKW Zwentendorf sowie weitere Atommeiler in Österreich um jeden Preis wollte, das läßt der Autor des langen Nachrufs unter den Tisch fallen. Mit diesem dunklen Fleck wollte Milan Frühbauer, „Herbert Krejcis engster Mitarbeiter“ bei der Zeitschrift „Die Industrie“, das Bild seines ehemaligen Chefs offenbar nicht für die Nachwelt anpatzen.



Und hätte „Trauerredner“ Frühbauer dieses Scheitern Krejcis in einer zentralen Zukunftsfrage Österreichs erwähnt, würde das vielleicht nachträglich noch einen Schatten auf seine im Gefolge von Zwentendorf größte Propagandisten-Rolle senken: „Er drängte vor allem die Volkspartei zu einer raschen Artikulation des EU-Beitrittswunsches“.

Für die Informationskampagne zur EU-Volksabstimmung hatten Industriellenvereinigung, ÖGB und Regierung aus ihrer Niederlage 1978 in Sachen Atomkraft gelernt, wie ihnen eine derartige böse Überraschung kein zweites Mal (1994) passieren würde. („Aus Zwentendorf gelernt“ stellte der ehemals kritische, dann brave Langzeitparlamentarier der SPÖ, Josef Cap, im Tagblatt 1994 fest...) Bekanntlich schloß der EU-Beitrittswunsch außerdem den Antrag auf Österreichs Beitritt zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) mit ein. Was von den treibenden Kräften so lange wie möglich verschwiegen wurde, aber gerade einem Herbert Krejci angenehm bewußt gewesen sein muß.

10.-13. März 2016

## 5. Internationaler Umweltpreisträger-Konvent der Europäischen Umweltstiftung

(European Environment Foundation / EEF)



*Heinz STOCKINGER nimmt seit der ersten Zusammenkunft – im Jahr 1 nach Fukushima – teil. Und zwar als Träger des Nuclear-Free Future Award (NFFA) und des Konrad-Lorenz-Staatspreises der Republik Österreich (den er zusammen mit Hannes AUGUSTIN vom Naturschutzbund vor allem für den Einsatz gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf erhielt). Hier bei einer Wortmeldung im Bosch-College.*

Juni 2016

## Bei der Fußball-Europameisterschaft in Paris



*Die Neffs aus Schleedorf als PLAGE-Geister bei der EURO vor dem zweiten Pariser Wahrzeichen, Sacré Coeur. Und wieder einmal als Botschafter gegen internationale Verträge, sprich politisch-rechtliche Bollwerke, aus grauer Vorzeit: aus den 1950er Jahren, einer atom-euphorischen Epoche, auf deren juristisches Erbe die Atombetreiber sich noch heute stützen. Neben dem EURATOM-Vertrag von 1957 hilft das Abkommen aus 1959 zwischen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zB die Gefahren der Radioaktivität und die Folgen von Atomkatastrophen herunterzuspielen.*

Schulschluß Juni 2016

## Radioaktive Gesteinsproben im Physik-Kammerl

Es begann mit einem Vortrag im Gymnasium der Herz-Jesu-Missionare in Salzburg: PLAGE-Aktivist Thomas Neff hielt vor den Schülern ein Referat zum Thema Radioaktivität: "Dazu hatte ich eine alte Herrenarmbanduhr aus den 60er-Jahren mitgebracht, bei der das Zifferblatt nachts so schön leuchtet." Neffs Geigerzähler zeigte 1.200 Impulse pro Minute - das 20-fache des Umgebungswertes. „Die Uhr ist verschlossen, da entweicht nichts - kein Problem.“ Danach ging man in die Mineraliensammlung des Hauses ...

Und dort entdeckte man altes Uraninit-Gestein. Geläufigere Bezeichnung: „Pechblende“. Der Geigerzähler „explodierte“ förmlich: 102.000 Ausschläge pro Minute. Da man just davor zur PLAGE-„Spürnase“ gemeint hatte: „Da gibt es sicher nichts Strahlendes zu messen“, war nun doch etwas Feuer am Dach. Und augenblicklich drängte sich die Frage auf: Wenn

man sich an dieser Schule der hier lagernden Uranproben nicht bewußt war, an wieviel anderen Schulen im Bundesland ist das ebenso?! So startete eine Recherche, die Thomas Neff dann in weitere Bundesländer führte, von den zuständigen Behörden des Landes Salzburg aufgegriffen wurde, und inzwischen auch im Unterrichtsministerium in Wien auf Widerhall stößt. Viel wurde ja in Medien darüber berichtet. Dies und wie es weiterging und noch weitere Kreise zieht, soll noch eine Schwerpunkt-PN ergeben...



*Thomas Neff und die Uraninit-Probe*



*Thomas Neff aus Schleedorf mit der Forderung „RAUS aus EURATOM!“ bei der Fußball-EURO im Stade de France.*



## **Das will die Initiative**

- Bau- und Betriebsverbot für neue AKW.
- Maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende AKW.
- Schon frühere Abschaltung, wenn es die Sicherheit verlangt.
- Energiewende durch Einsparungen, Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren (AKW also nicht nur auf der Produktionsseite ersetzen).

## **Hat nicht die Regierung ohnehin?...**

Die „Initiative für den geordneten Atomausstieg“ wurde nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 von den Grünen im Verbund mit anderen Organisationen lanciert. Kurz nach der Lancierung der Volksinitiative haben Bundesrat (= Regierung) und Parlament das Thema aufgenommen: Das Parlament will jedoch **nur ein Neubauverbot** ins Gesetz aufnehmen. Die **Ausserbetriebnahme der alten AKW ist nicht vorgesehen**. Die eigentlichen, unmittelbaren Risiken bleiben also. Nur der geordnete, beschleunigte Atomausstieg reduziert das Risiko eines Super-GAU's entscheidend.

## **Nicht gegen offizielle Energiestrategie 2050**

Vielmehr wird diese mit der wichtigen maximalen Betriebsdauer für Atomreaktoren ergänzt. Durch die damit einhergehende schrittweise Abschaltung der AKW bis 2029 entstehen Planungssicherheit für die ganze Schweizer Strompolitik und Investitionssicherheit für die vielen kantonalen und kommunalen Elektrizitätswerke.

**Die Initiative im Wortlaut:** <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis407t.html>

**Detaillierte Argumente**, wie sich die Schweiz zu 100% mit einheimischem, erneuerbarem Strom versorgen kann, unter [http://www.umweltallianz.ch/fileadmin/user\\_upload/Energiezukunft/2012\\_Strommix-Flyer.pdf](http://www.umweltallianz.ch/fileadmin/user_upload/Energiezukunft/2012_Strommix-Flyer.pdf)

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966  
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M

Die Plage News (PN) erscheint i.d.R. 3 – 4 mal pro Jahr  
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren  
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

# **P L A G E**

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).  
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: [www.plage.cc](http://www.plage.cc)  
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT38204040000001313, BIC: SBGSAT2S